



Der Euro beweist Steherqualitäten

Ohne gemeinsame Währung würde die Eurozone durch die harten Attacken der globalen Finanzkrise schwer lädiert in den Seilen hängen. Der Euro vermochte bis jetzt aber Schlimmeres zu verhindern.

Arno Maierbrugger

Ein Bollwerk gegen die Krise ist er zwar nicht, aber der Euro schlägt sich im Zuge der Finanzkrise im Vergleich zu vielen Einzelwährungen weltweit bisher den Umständen entsprechend gut. Für die gemeinsame europäische Kunstwährung ist die Finanzkrise die bisher größte Bewährungsprobe überhaupt, und sie hat bis zuletzt jedenfalls Schlimmeres verhindert.

Angesichts der Ereignisse auf dem weltweiten Finanzmarkt kann man als Mitglied der Währungsunion zumindest froh sein, dass sie den Einzelstaaten ein Schicksal wie jenes der isländischen Krone, des britischen Pfunds oder des japanischen Yens erspart, lauter Währungen, die vor der Finanzkrise zuletzt in die Knie gingen.

Ungeheure Zerrkräfte

Der Euro, gerade erst zehn Jahre alt geworden, muss allerdings erhebliche Kräfte aufwenden, um seine viel gepriesene Stabilität aufrechtzuerhalten. Die Idee der gemeinsamen Währung ist ja, anders etwa als beim US-Dollar, dass die Staaten sich in Krisenzeiten gegenseitig beistehen. Und hier sind im Moment ungeheure Zerrkräfte am Werk: Nachdem Großbritannien nicht Mitglied im Währungsverbund ist, liegt die Last der Euro-Stabilität derzeit überwiegend auf den beiden größten Volkswirtschaften Europas: Deutschlands und Frankreichs.

Diese tun derzeit ihr Möglichstes, um die Krise in den Griff zu bekommen, und können dabei auf die bisher erstaunliche Binnen- und Außenstabilität des Euros zählen – die sogar weiterbesteht, nachdem der Stabilitätspakt durch fiskalische Undiszipliniertheit einzelner Mitgliedstaaten und die individuellen Auswirkungen der Finanzkrise auf einzelne Länder bereits sprichwörtlich auf tö-

nernen Füßen steht. Doch die Eurozone sieht sich dafür stark genug. Der Euro hat laut den Worten von EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia die Möglichkeit, Mitgliedern im Fall einer ernsten Krise unter die Arme zu greifen. Es gebe Lösungen, bevor sich ein Land als letztem Ausweg dem Internationalen Währungsfonds zuwenden müsse, sagte Almunia. „Wir sind politisch und wirtschaftlich darauf eingerichtet, uns diesem Krisenszenario zu stellen.“

Almunia spielt dabei vor allem auf die „Sorgenkinder“ in der Währungsunion an, die Länder Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und Italien. Diese Länder hat die Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen, und die Stabilitätskriterien können mehrheitlich nicht mehr eingehalten werden. Das Beruhigende an der Eurozone sei, dass kein Land mehr auf seinen Schulden sitzen bleibe, sondern die gesamte Gemeinschaft einspringe, meint Almunia. Die Kosten, die liquiden Ländern beziehungsweise deren Steuerzahlern dabei entstehen, sind zwar kurzfristig spürbar, längerfristig aber argumentierbar, wenn man damit verhindert, dass die Eurozone auseinanderfällt und damit jedes einzelne Mitgliedsland unweigerlich in den Abgrund reißt.

„Wir sind eingerichtet, uns diesem Krisenszenario zu stellen.“

JOAQUÍN ALMUNIA,
EU-WÄHRUNGSKOMMISSAR

Aus diesem Grund wird es auch keinen Staatsbankrott von Irland oder Griechenland geben, sofern sich diese Länder nicht von selbst dazu entschließen, aus dem Euro auszutreten. Die Folge wäre ein massiver



Trotz des aufgeweichten Stabilitätspaktes und massiver Probleme in einzelnen Mitgliedsländern zeigt die europäische Gemeinschaftswährung erstaunliche Stärke in der Krise. Foto: Bilderbox.com

Verfall der wieder eingeführten Eigenwährung, was zwar kurzfristig die Exporte beleben, längerfristig aber massiven volkswirtschaftlichen Schaden anrichten würde. Denn die Abwertung der eigenen Währung ist dabei gleichzeitig das größte Risiko, da die meisten Staatsschulden in Euro aufgenommen worden sind und folglich auch in dieser Hartwährung zurückgezahlt werden müssten; eine verheerende Spirale würde ihren Verlauf nehmen.

Euro-Muffel unter Druck

So gesehen ist also die Euro-Mitgliedschaft für alle Beteiligten ein Segen, und die bisherigen Euro-Muffel Großbritannien, Schweiz, Schweden und sogar Norwegen (Dänemark und das Baltikum haben sich für den fixen Wechselkurs nach dem Wechselkursmechanismus-Abkommen entschieden) überlegen lautstark einen Beitritt.

Doch die rasante Erweiterung der Europäischen Union in den letzten Jahren zeigt der Gemeinschaftswährung auch ihre Grenzen auf. Jene ost-

europäischen Mitgliedsstaaten, die noch nicht der Eurozone angehören, haben in der jetzigen Phase massive Probleme mit ihren Staatsfinanzen, allen voran Ungarn.

„Die Euro-Gruppe ist handlungsfähig, falls nötig.“

PEER STEINBRÜCK,
DEUTSCHER
FINANZMINISTER

Und das strahlt massiv auf Länder wie Österreich aus, das sich in dieser Region stark engagiert. Schon hat sich die heimische Regierung an die EU um Finanzspritzen für den Osten gewandt, ohne viel Erfolg allerdings.

Man wolle keine Hilfspakete schnüren, hieß es aus Brüssel, sondern die Euro-Länder sollen den Oststaaten mit „schon verfügbaren Instrumenten“ beistehen. Diese bestehen vor allem in der Nutzung der diversen Struk-

turfonds sowie der Mittel der Europäischen Investitionsbank und der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Die einzige finanzielle Hilfsmaßnahme bisher war eine Beteiligung der EU an IWF-Hilfspaketen für Ungarn und Lettland im Ausmaß von 9,6 Mrd. Euro, weitere 15 Mrd. könnten an Tschechien und die Ukraine fließen. Für Österreichs Geschmack viel zu wenig, schließlich steht für heimische Unternehmen, allen voran die Banken, viel auf dem Spiel. Allerdings war auch das Risiko recht hoch, sich seinerzeit derart massiv im Osten zu engagieren.

„Die Euro-Gruppe ist handlungsfähig, falls es nötig ist“, erklärte kürzlich der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück auf die Frage, ob es Rettungsmaßnahmen für einzelne Mitgliedsländer geben werde. Es gehe vor allem darum, die Finanzmärkte zu beruhigen. Gemeinsame Milliardenanleihen zahlungskräftiger Länder zugunsten solcher mit Zahlungsproblemen schloss er aber aus.